Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 1-2

Artikel: Sicherheitspolitische Betrachtungen zu China und Japan

Autor: Hediger, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-513432

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheitspolitische Betrachtungen zu China und Japan

Der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe hat das Verhältnis zwischen Grossbritannien und Deutschland 1914 mit der aktuellen Lage zwischen Japan und China verglichen. Angesichts der wachsenden Spannungen zwischen China und Japan um eine winzige, unbewohnte Inselgruppe im Ostchinesischen Meer gewinnt diese Äusserung an Brisanz und rechtfertigt den Versuch einer kurzen sicherheitspolitischen Auslegeordnung.

Der chinesische Flugzeugträger Liaoning. Bild: Xinhua

Peter Hediger*

In der neueren Geschichte Chinas sticht das 3. Plenum des 11. Parteitages von 1978 als radikale politische Kehrtwende heraus. Deng Xiaoping proklamiert die Politik der Reform und der Öffnung zur Aussenwelt. Dies soll mittels der «Vier Modernisierungen», geschehen, von denen die Modernisierung der Landesverteidigung die letzte darstellt. Diese Politik bildet die Umsetzung einer sicherheitspolitischen Forderung, die wie ein Roter Faden seit dem 7. Jh. v. Chr. die gesamte Geschichte Chinas durchzieht: «Den Staat bereichern und die Streitkräfte stärken», wobei die Förderung der Wirtschaft Vorrang geniesst. 1964 testet China den ersten selbstgebauten Nuklearsprengkopf, 1968 die erste Wasserstoffbombe. Mit der Fähigkeit, einen Satelliten auf eine Umlaufbahn ins All zu bringen, verfügt das Land über die Technologie, Trägerraketen für weite Distanzen selbst zu bauen. In der chinesischen Terminologie wird das «Zwei Bomben und ein Satellit» genannt. Das Gros der Volksbefreiungsarmee ist dennoch primär eine Infanteriearmee geblieben und weist einen enormen Nachholbedarf an Mechanisierung auf. Im Reformprogramm wird ab 1978 der Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe gefördert, welche hinsichtlich Bewaffnung und Ausbildung bevorzugt wird. Die in Zentralchina stationierte 15. Luftlande Division bildet den Ausgangspunkt dieses Programms. Die Verteilung der 18 Armeegruppen (Korps) auf 13, später 7 Militärregionen mit relativ autonomen Befehlsgewalten unterstreicht die Bedeutung der gesamtnational einsetzbaren Eingreiftruppe. Vor zehn Jahren hätte sie innert zwölf Stunden an jedem beliebigen Punkt der Grenze in voller Kampfbereitschaft eingesetzt werden können. Heute dürften weitere Grossverbände diesen Status erreicht haben und rascher einsatzbereit sein. Um Rückstände zu kaschieren, hat Deng Xiaoping 1978 den Streitkräften befohlen: «Bedeckt euren Glanz und wartet bis eure Zeit gekommen ist». Deng ist mit diesem militärischen Reformprogramm ein grosses Risiko eingegangen, denn er hat dazu unbedingt langfristig ein friedliches sicherheitspolitisches Umfeld benötigt. 1971 hat die Volksrepublik anstelle von Taiwan Chinas permanenten Sitz im Weltsicherheitsrat eingenommen. Auch gegenüber den USA ist ein Tauwetter eingetreten, das 1978 zur gegenseitigen völkerrechtlichen Anerkennung geführt hat. Ab 1972 sind die bilateralen Beziehungen mit Japan normalisiert worden. Damit ist Chinas Jahrzehnte lange internationale Isolation überwunden. In einem bilateralen Friedens- und Freundschaftsvertrag wird 1978 mit Japan festgehalten, dass zur Lösung bilateraler Probleme keine Seite Gewalt anwenden dürfe. Deng Xiaoping, fasziniert von den Ausbauperspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, hat am Rande locker erklärt, dass man die Regelung ungelöster Territorialfragen späteren Generationen überlassen solle.

2012 hat der 18. Kongress der Chinesischen Kommunistischen Partei stattgefunden, dem künftig wahrscheinlich eine ähnliche Bedeutung beigemessen werden muss wie der Plenartagung von 1978. Der neue Generalsekretär Xi Jinping erklärt: «Den Staat bereichern und die Streitkräfte stärken, sind zwei wichtige, unabdingbare Eckpfeiler zur Verwirklichung der Wiedergeburt der chinesischen Nation. Zum Traum eines starken Staates gehört der Traum einer starken Armee. Der Traum einer starken Armee unterstützt den Traum eines starken Staates». Die militärische Komponente der neuen ideologischen Vorgabe des «Chinesischen Traumes» bedeutet einen grundlegenden und vielfältigen Paradigmenwechsel. Das von Mao Zedong im langwierigen Bürgerkrieg und im Widerstandskrieg gegen Japan entwickelte Konzept des Volkskrieges wird diskret beiseitegeschoben. Eine neue Offiziersgeneration ist fasziniert von der amerikanischen «Revolution in Military Affairs» und den modernen Kriegführungsmöglichkeiten, wie sie die USA im zweiten Golfkrieg mit dem Einsatz von Tomahawk Marschflugkörper demonstriert haben, welche vorgegebene Ziele über weite Distanzen präzise treffen. Beeindruckt sprechen die Chinesen von «Krieg ohne Berührung» und fordern für die Volksbefreiungsarmee ebenfalls moderne High-Tech-Hardware. Über Jahre hat die Umformung des Heeres im Vordergrund gestanden, jetzt werden neue Dimensionen angepeilt.

Die vier strategischen Säulen

Der bekannte Militärtheoretiker der Akademie für Militärwissenschaften, Grossoberst Wang Fa'an, nennt vier strategische Säulen, auf welche die Volksbefreiungsarmee ihren Aufbau konzentrieren müsse: 1. Weltall und Luftraum, 2. Meer, 3. Nuklearwaffen, 4. Cyberspace; alles Bereiche, die nicht nur abschreckend, sondern auch aktiv offensiv genutzt werden können. Zusätzlich zu Russland ist China seit dem Ende des Kalten Krieges von neuen Nuklearmächten umgeben, im Westen von Indien und Pakistan, im Osten von Nordkorea. Mit der Verkündung der vier strategischen Säulen hat eine neue Transparenz Einzug gehalten und der Schleier, der bisher den Glanz verdeckt hat, wird mit neuem Nationalstolz und Selbstbewusstsein allmählich gehoben. Mit diesem Vorgehen hat China besonders die USA im Auge, die sich als pazifische Macht mit einer Reichweite bis an Chinas Grenzen und als Bündnispartner mehrerer Nachbarn Chinas verstehen. Die USA haben schon immer Transparenz in Ausrüstung und Doktrin als integralen Bestandteil ihrer Abschreckung angewandt. Jetzt artikuliert China sich neu in derselben Sprache und schafft Ver-

Die umstrittenen Senkaku/Diaoyu Inseln.
Bild: der Standard.at

unsicherung durch Einblicke auf eine breite Palette, die die Fähigkeit, Satelliten abzuschiessen ebenso einschliesst wie den Eigenbau von Stealth-Kampfflugzeugen, die auf einem eigenen Flugzeugträger landen und abheben können. Stolz zeigt China an internationalen Rüstungsmessen eigene Drohnen. Das Jahrzehnte lange Ratespiel um einen chinesischen Flugzeugträger hat 2012 mit der Inbetriebnahme der «Liaoning», basierend auf der Hülle des ex-sowjetischen Trägers «Varyag», endgültig feste Konturen erhalten. In der Seekriegführung werden grosse Anstrengungen unternommen, um die Marine der Volksbefreiungsarmee endlich über das blosse Küstenschutzniveau hinauszuheben. Moderne Zerstörer werden gebaut und vor allem wird die U-Boot-Flotte erweitert und modernisiert. Mit Details wird freilich Zurückhaltung geübt. Absicht und Doktrin werden weiterhin verdeckt gehalten. Stolz präsentierte Hardware gepaart mit der Unsicherheit über Einsatzmöglichkeiten und -absichten schürt gegenseitiges strategisches Misstrauen. Die USA trifft dies besonders hart, weil sie einerseits im asiatisch-pazifischen Raum einen Schwerpunkt ihrer sicherheitspolitischen Aktivität aufbauen möchten, andererseits aber durch Budgetrestriktionen immer mehr zu einschneidenden Verzichtmassnahmen gezwungen sind. Uneinigkeit herrscht in amerikanischen Fachkreisen über das Tempo und Ausmass der chinesischen Aufrüstung. Auf der einen Seite stehen Panikmacher, welche auf Geschwindigkeit, Vielschichtigkeit und Qualität der chinesischen Verteidigungsmodernisierung hinweisen. Auf der anderen Seite sind Beschwichtiger, die behaupten, Chinas Aufrüstung bestehe aus Angeberei und Augenwischerei und könne der Überlegenheit der US-Streitkräfte nichts anhaben. In den 90er-Jahren hat China eine Initiative gestartet mit dem Ziel, Waffensysteme im All zu verbieten. Die USA, abgestützt auf ihren technologischen Vorsprung, haben das Ansinnen vereitelt. Seither haben die USA die Aufforderung an China gerichtet, sich an der Ausarbeitung einer internationalen Konvention mit Regeln zur Computerkriegführung zu beteiligen. Doch diesmal hat China die USA abblitzen lassen, da China auf den potentiellen Schlachtfeldern im Cyber War einen Vorteil dadurch geniesst, dass Objekte der Infrastruktur leichter vom Netz genommen und in einen prä-digitalen Operationszustand zurückversetzt werden können, als in den USA, wo Privatisierung und Unumkehrbarkeit der Digitalisierung dem Staat keine Handhabe mehr bieten, potentielle Angriffsziele zu schützen.

Neue Ansätze in der Aussenpolitik

Der auf dem 18. Parteitag 2012 eingeleitete Paradigmenwechsel beschränkt sich nicht nur auf technische Aspekte in der Modernisierung der Landesverteidigung. Er manifestiert sich auch in der Sicherheitspolitik. Erste Antrittsbesuche von Xi Jinping erfolgen nicht nach herkömmlichen Mustern bei altbewährten Partnern wie Pakistan im Westen und Nordkorea im Osten, sondern bei deren Gegenspielern Indien und Südkorea, was bei den ersteren für Verwirrung und Verärgerung sorgt. Im Falle Koreas liegt auf der Hand, dass Xi Jinping zur neuen Präsidentin Park Geun Hye einen guten Draht sucht, um sie davon abzuhalten, mit den USA, Japan und eventuell den Philippinen und Australien eine Art NATO im Westpazifik zu bilden. Ein solches Bündnis würde in China als Bedrohung empfunden und althergebrachte Einkreisungsängste wiederaufleben lassen. Historische Befindlichkeiten zwischen Südkorea und Japan haben dieses Bündnis bisher verhindert.

Japans ungestillte Ansprüche: Regionale Grossmacht mit kontinentaler Verteidigung

Die Protagonisten der Meiji Reform Japan haben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gefordert, Japan müsse zu seiner Modernisierung drei Voraussetzungen erfüllen: 1. Umfassende moderne Bildung, 2. Industrialisierung und 3. Aufbau einer starken, modernen Armee. Dazu benützen die Meiji Reformer ebenfalls den Slogan: «Den Staat bereichern und die Streitkräfte stärken», legen ihn aber in umgekehrter Reihenfolge aus: Zuerst müssen die Streitkräfte stark sein, dann erst kann der Staat wohlhabend werden.

Japanische Militärkreise sprechen in diesem Zusammenhang heute noch von «kontinentaler Verteidigung». Diese Idee ist nicht neu, ebenso wenig das Vorgehen zu ihrer Verwirklichung. Letztere hat immer in Überraschungsangriffen bestanden. Im 16. Jahrhundert überfällt Admiral Hideyoshi Toyotomi Korea. Die Meiji Reform bringt erneut ambitiöse Pläne hervor: 1894–1895 hat Japan das von inneren Wirren geschwächte China angegriffen und zu Gebietsabtretungen gezwungen, unter anderem die Insel Taiwan, die seit dem 17. Jahrhundert mit der Vertreibung der holländischen Kolonisten unter chinesischer Kontrolle gestanden hat. In diesem Krieg verliert China die kleine unbewohnte Inselgruppe Diaoyü/Senkaku, welche China und Japan heute mit wachsender Intensität für sich beanspruchen. 1904–1905 besiegt Japan in herben Überraschungsschlägen das nach Osten vorstossende zaristische Russland. Es ist ein brutaler Stellvertreterkrieg, der auf dem Boden und Rücken des chinesischen Volkes ausgetragen wird. Japan unterwirft sich Korea und Teile von Nordostchina. Korea wird in der anschliessenden Kolonialzeit bis 1945 gezwungen, die eigene kulturelle Identität und Sprache aufzugeben. Die Koreaner gelten als «Festlandjapaner» und damit als Bürger zweiter Klasse. Mit dem Sieg im Russisch-Japanischen Krieg sichert Japan sich hohes Ansehen und Respekt im Westen. Im Zweiten Weltkrieg setzt Japan mit dem Überfall auf Pearl Harbor (1941) und der Besetzung von Singapur (1942) weiter auf Überraschungsangriffe.

Seit der Meiji Reform ist Japan stets bestrebt gewesen, sich von Asien abzusondern und sich in eine Reihe mit den westlichen Grossmächten zu stellen. Auf der Suche nach geeigneten Partnern verbündet Japan sich zuerst mit Grossbritannien, dann mit Nazi-Deutschland und seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Besatzungsmacht USA. Die USA beenden den Zweiten Weltkrieg im asiatisch pazifischen Raum mit zwei Nuklearwaffeneinsätzen. Japan kapituliert bedingungslos und tritt seine Souveränitätsrechte an die alliierten Siegermächte ab, auch an die Republik China. So stark diese Zäsur 1945 auch gewesen sein mag und für das japanische Volk eine völlig neue Ausgangslage geschaffen hat, haben die Japaner eine besondere Begabung entwickelt, unvorteilhafte Fakten aus ihrer Geschichte auszublenden oder höchstens so darzustellen, dass Japan in einer Opferrolle erscheint. Am dreistesten kommt dies in den wiederholten rituellen Besuchen hochrangiger japanischer Politiker im Yasukuni-Schrein im Herzen von Tokyo zum Ausdruck, wo seit den siebziger Jahren die Ahnentafeln von Kriegsverbrechern aufbewahrt werden, die von einem internationalen alliierten Gericht zum Tode verurteilt worden sind.

Als Siegermacht haben die USA Japan eine Verfassung diktiert, welche im Artikel 9 festhält: «In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt». Dennoch hat Japan in einem Ausmass aufgerüstet, dass die Streitkräfte trotz ihrer bescheidenen Eigenbenennung als «Selbstverteidigungskräfte» drei Teilstreitkräfte aufweisen, die weltweit zu den modernsten gehören und deren Marine mit einem Bestand an Kampfschiffen nur noch von der US Navy übertroffen wird, wobei in Japan auch die Küstenwache mit relativ schweren Kampfschiffen ausgestattet ist. Die Japaner sind Meister im Schaffen von unumkehrbaren Tatsachen. Für diese Streitkräfte, mit einem Bestand von 230 000 Mann, die laut Verfassung eigentlich gar nicht existieren dürften, ist 2006 ein riesiges Verwaltungsareal im Stadtteil Ichigaya von Tokyo plötzlich zum Verteidigungsministerium aufgewertet worden. Die USA sind teilweise mitschuldig an der Aufrüstung dieser Phantomarmee. Washington hat Tokyo schon lange gedrängt, sicherheitspolitisch mehr Verantwortung zu übernehmen. Das wirft die Frage auf, ob denn die Verfassung Ja-

Der japanische Helikopterträger Izumo, der grundsätzlich F-35B Joint Strike Fighter an Bord nehmen könnte. Bild: wikipedia

pan überhaupt erlaube, sich an einer kollektiven Verteidigung zu engagieren. Auch diese Hürde wird mit einem Hinweis auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen elegant umgangen: «Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung». Ausserdem besteht seit 1950 zwischen den USA und Japan ein gegenseitiger Beistands- und Sicherheitspakt. Dieser käme bei einer Eskalation zwischen Japan und China um die umstrittenen Inseln zur Anwendung.

Was Streitkräfte betrifft, ist die japanische Gesellschaft tief gespalten. Nach der Erfahrung von den Nuklearwaffeneinsätzen von Hiroshima und Nagasaki 1945 will ein grosser Teil der Bevölkerung von Verteidigungsfragen nichts mehr wissen und die Streitkräfte sind so unpopulär, dass sie ausserhalb der Kasernen kaum je in Uniform auftreten. Viele Japaner sind echt erstaunt, wenn sie über Existenz und Ausmass ihrer Selbstverteidigungskräfte erfahren. Daneben kursieren in der einflussreichen konservativen politischen Führungselite immer noch Vorstellungen, die Idee einer kontinentalen Verteidigung und einer Grossostasiatischen Prosperitätssphäre neu zu beleben. Denn ohne Rohstoffressourcen ausserhalb der japanischen Inseln ist der Traum einer Grossmacht bald ausgeträumt. Japan hat sich schwer getan, 2012 den zweiten Platz in der Weltwirtschaftsrangliste an China abzugeben. In dieser Hinsicht kommt jedoch den umstrittenen unbewohnten Inseln Diaoyu, bzw. Senkaku, im Ostchinesischen Meer grosse Bedeutung zu, da im Umfeld dieser Inseln Öl- und Gasvorkommen vermutet werden. Die gute Nachricht besteht darin, dass Japan aufgrund der zunehmenden Überalterung seiner Bevölkerung und angesichts seiner rigorosen Einwanderungspolitik die Zeit für militärische Abenteuer davon läuft. Auch wenn die Selbstverteidigungskräfte noch besser auf- und ausgerüstet werden, ab Mitte des Jahrhunderts könnten sie nur noch für Sozialeinsätze zugunsten der überalterten Bevölkerung genutzt werden.

Ausblick

Der Umgang mit geschichtlichen Vergleichen erfordert Behutsamkeit. Es wäre töricht zu meinen, die führenden Politiker Chinas und Japans würden die Lektionen aus dem 1. Weltkrieg ignorieren. Wenn schon auf die Geschichte zurückgegriffen werden soll, dann drängt sich der Spruch von Theodore Roosevelt auf: «Speak softly and carry a big stick». Chinas Generalsekretär Xi Jinping spricht tatsächlich sanft und lässt gleichzeitig Flugzeugträger bauen. Doch hier endet der Vergleich. China hat es bisher immer verstanden, seine Grenzen zu anerkennen und einzuhalten. Die Grosse Mauer bietet ein eindrückliches Beispiel. Chinas grösste territoriale Expansionen haben alle unter fremden Herrschern stattgefunden, die auch die Chinesen unterworfen haben: Die Mongolen im 13. und 14. Jahrhundert und die Mandschu vom 17. bis ins 20. Jahrhundert. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass das heutige China Ansprüche erhebt, die nicht ernsthaft historisch begründet werden können und über traditionell chinesische Grenzen hinausreichen. Deng Xiaoping hat in den 80er-Jahren ungelöste Territorialfragen mit Nachbarstaaten bewusst vor sich hin geschoben. Xi Jinping zieht die Schleife dieses Toleranzspielraumes wieder enger und gibt zu verstehen, dass Dengs Schonfrist nun abgelaufen sei. Was als chinesisch definiert wird, darf nicht mehr zum Spielball auswärtiger Mächte und Interessen werden. Dieses Postulat richtet sich in erster Linie an die USA, welche Chinas traditionelle Friedfertigkeit gerne auf die Probe stellen. China versucht Waffengänge zu meiden, will aber unbedingt im eigenen Haus Herr und Meister bleiben, ohne Konzessionen machen zu müssen. Chinas Bemühung, nicht in einen Krieg verwickelt zu werden, ist allein schon daraus ersichtlich, dass China für sich alleine steht und keine Bündnispartner sucht. Gegenüber den USA hat ein anderer bekannter chinesischer Vordenker, Grossoberst Zhu Chenghu, ebenfalls von der Akademie für Militärwissenschaften, sich pointiert geäussert: «China will Frieden, aber wenn die USA uns unbedingt zum Feind haben wollen, dann werden sie einen fürchterlichen Feind bekommen». ■

* Ehem. Verteidigungsattaché in China, Japan, DPRK, ROK et al.

Peter Hediger
M.A., Sinologe;
Diplomierter Experte
für internationale
Sicherheitspolitik
8603 Schwerzenbach

Aus dem Bundeshaus

Der Bundesrat (BR) beantwortete die Interpellation aus dem Nationalrat «Verlängerung der Lebensdauer der Tiger-Flotte» abschlägig (14.3741).

Er verweist auf seinen Bericht zur langfristigen Sicherung des Luftraumes vom 27. August 2014 (12.4130). Ein verlängerter Einsatz der F-5 Tiger wäre technisch nur mit Risiken möglich, weil «wegen der per 2016 geplanten Ausserdienststellung in den vergangenen Jahren nur noch die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten ausgeführt wurden». Rund 30 F-5 verursachten zirka 40 Millionen Franken Betriebskosten pro Jahr und hätten keine Auswirkungen auf die Flugstunden der F/A-18. 30 aufgerüstete F-5 Tiger für den Luftpolizeidienst auch bei Nacht/Schlechtwetter kosteten jährlich rund 90 Millionen Franken bei einer Nutzungsdauer von 15 Jahren. Der BR ist der Auffassung, dass sich eine Aufrüstung nicht lohnt, weil diese in keinem Verhältnis zum allfälligen Nutzen steht. Auch die im Ständerat (SR) eingereichte Motion «Neuevaluation und Beschaffung von Transportflugzeugen» betrifft die Luftwaffe (14.4060).

Der SR genehmigte als Zweitrat einstimmig den Bundesbeschluss über die Immobilien VBS mit vier Verpflichtungskrediten über 439,9 Millionen Franken (14.052): Flugplatz Payerne, Waffenplatz Bure, diverse Vorhaben einschliesslich Asylantenunterkünfte. Er lehnte auf Antrag seiner Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) die durch den Nationalrat (NR) angenommene Motion seiner SiK «Rüstungsprogramm 2015 plus» ab (14.3660). Die SiK-NR will keine Zivildienstleistenden zur Unterstützung des Lehrpersonals in Schulen (14.059). Eine Interpellation im NR «WEA – Mögliche Einsätze der Armee im Inneren» fragt den BR nach den diesbezüglichen Absichten bei seiner vorgeschlagenen Änderung des Militärgesetzes (14.4221/14.069/SR 510.10).

Oberst Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE